Infobrief Nr. 46/2017 vom 04.12.2017, 16. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

Glyphosat um weitere fünf Jahre verlängert

„Ich bin froh, dass das Tauziehen nun ein Ende hat“

Die EU-Mitgliedstaaten haben die Zulassung des Unkrautvernichters Glyphosat um fünf Jahre verlängert. Damit sind sie der Empfehlung des EU-Parlaments gefolgt.

18 der 28 EU-Länder stimmten vergangene Woche für einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission – darunter auch Deutschland, das sich bis dato bei den Abstimmungen immer enthalten hatte. Die Entscheidung fiel kurz vor Toresschluss: Hätte sich der EU-Ministerrat, also die Vertreter der Mitgliedsländer, nicht für die erneute Zulassung des umstrittenen Pflanzengifts ausgesprochen, wäre die Zulassung für Glyphosat zum Ende dieses Jahres automatisch ausgelaufen und das Mittel hätte in Europa generell vom Markt genommen werden müssen. Nicht nur Kleingärtner und die Landwirtschaft wären betroffen gewesen, sondern auch die Bahn, Flughäfen und andere Bereiche. Für eine qualifizierte Mehrheit im Rat sind derzeit mindestens 16 Staaten nötig, die für 65 Prozent der EU-Bevölkerung stehen. Diese Kriterien wurden erfüllt, was eine leichtfertige Entscheidung ausschließt.

Ich bin froh, dass das Tauziehen nun ein Ende hat. Anderenfalls wäre die EU wieder als handlungsunfähig kritisiert worden. Dabei liegt das Problem in diesem wie in so vielen Fällen an den Mitgliedstaaten selbst, die bei der europäischen Gesetzgebung immer zustimmen müssen – und deren Vertreter übrigens oft genug in Brüssel zu etwas „ja“ sagen, dies aber vergessen haben, sobald sie zurück in ihrem Heimatland wie Deutschland sind.

Die fünfjährige Verlängerung der Zulassung ist in meinen Augen ein vernünftiger Kompromiss (die EU-Kommission wollte Glyphosat um zehn Jahre verlängern). Er nimmt den Landwirten den Druck, sofort auf alternative Lösungen umzusteigen – die es bislang noch nicht wirklich gibt, zumindest nicht für einen annähernd gleichen Preis.

Glyphosat ist seit 40 Jahren im Einsatz. Und genauso lange wird versucht, die Schädlichkeit des Pestizids wissenschaftlich nachzuweisen. Während 2015 die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ einstufte, kamen weltweit 26 andere Agenturen übereinstimmend zu dem Schluss, dass das Pestizid nicht gesundheitsschädigend ist. Unter ihnen auch die Europäische Chemikalienagentur (ECHA), das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).

Diese prüfen im Allgemeinen, ob von einer Chemikalie bestimmte Risiken für die Bevölkerung ausgehen. Die IARC hingegen untersucht, ob ein Stoff grundsätzlich in der Lage ist, Krebs auszulösen. Sie bewertet nicht, ob ein konkretes Risiko für den Menschen besteht. So stuft die IARC zum Beispiel auch den Friseurberuf als „wahrscheinlich krebserregend“ oder Sonnenstrahlen und Alkohol als „sicher krebserregend“ ein. Hieraus leiten die Menschen gewiss nicht ab, dass es verboten werden sollte, bei Sonne ins Freie zu gehen oder den Friseurbesuch zu unterlassen!

? **Wussten Sie schon:** Die EU-Mitgliedstaaten können die Anwendung von Glyphosat beziehungsweise von Glyphosat-basierten Pflanzenschutzmitteln auf ihrem Gebiet verbieten oder die Nutzung einschränken, auch wenn der Wirkstoff auf europäischer Ebene zugelassen ist. Andersherum gilt aber: Wenn ein Wirkstoff auf EU-Ebene nicht zugelassen ist, dürfen die Mitgliedstaaten dessen Nutzung auf ihrem Gebiet nicht erlauben.

Einigung über EU-Haushalt 2018

Mehr Geld für Erasmus, Kürzungen bei Vorbeitrittshilfen für die Türkei

Im EU-Haushalt stehen im kommenden Jahr 144,7 Milliarden Euro für Ausgaben zur Verfügung. Auf diese Erhöhung von 14,1 Prozent gegenüber dem laufenden Jahr haben wir EU-Abgeordneten uns mit den Mitgliedstaaten geeinigt. Für Zahlungsverpflichtungen, also Mittel, die in einem Jahr vertraglich zugesagt werden können, sind 160,1 Milliarden Euro vorgesehen, 0,1 Prozent mehr als 2016. Das meiste Geld soll im kommenden Jahr mit 66,6 Milliarden Euro für wachstumspolitische Initiativen sowie für Kohäsionspolitik ausgegeben werden. Für die Landwirtschaft stehen 56 Milliarden zur Verfügung. Schlüsselpolitiken mit europäischem Mehrwert wie Forschung und Entwicklung, das Europäische Asylsystem, der europäische Grenzschutz und die europäische Polizeizusammenarbeit werden aufgestockt. Der EU-Haushalt enthält außerdem mehr Mittel für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Erasmus. Kürzungen erfolgen dagegen bei den Vorbeitrittshilfen für die Türkei.

Foto: Alexander Louvet

DEKRA Verkehrssicherheitsbericht: Vergangene Woche stellte die DEKRA in Brüssel ihren diesjährigen Verkehrssicherheitsbericht vor. Im Mittelpunkt des seit 2008 jährlich erscheinenden Reports standen „Best Practice"-Beispiele aus aller Welt sowie die Fortschritte auf dem Weg zur „Vision Zero", dem Straßenverkehr ohne Unfalltote. Nahezu alle Forderungen der DEKRA an die Politik spiegeln sich in dem von mir verfassten und kürzlich mit überwältigender Mehrheit des Parlaments angenommenen Initiativbericht „Rettung von Menschenleben – Mehr Fahrzeugsicherheit" wider. An der Veranstaltung haben neben mir auch der Präsident des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz (4.v.l.), sowie meine Parlamentskollegen Ismail Ertug (3.v.r.) und Georges Bach (2.v.r.) teilgenommen.

Konsultation zu Intelligenten Verkehrssystemen

Künftig werden Fahrzeuge untereinander und mit der Straßeninfrastruktur Teile eines vernetzten und automatisierten Mobilitätssystems sein. Die dafür erforderlichen „Intelligenten Verkehrssysteme" (ITS) reichen von Routenplanern, Reiseinformationsdiensten, intelligenten Hinweistafeln und Lichtsignalanlagen über Sicherheitsanwendungen (automatische Notrufe, fortgeschrittene Geschwindigkeitsregelung) bis hin zum Verkehrsmanagement. Dafür muss die Richtlinie über intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr (2010/40/EU) durch eine delegierte Verordnung über ITS geändert und ergänzt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei folgende Dienste, die bereits technisch ausgereift und für eine breite Einführung geeignet sind: Warnung vor langsamen oder stehenden Fahrzeugen und vorausfahrendem Verkehr, Straßenarbeiten, Wetterbedingungen, Notbremsung und sich nähernden Einsatzfahrzeugen. Des Weiteren geht es unter anderem um die Anzeige von Verkehrszeichen und Geschwindigkeitsbegrenzungen im Fahrzeug und um Geschwindigkeitsempfehlungen für grüne Wellen. Im Rahmen einer Konsultation sind alle Straßennutzer, Kommunen und Telematikdienstleister aufgerufen, ihre einschlägigen Erfahrungen und Vorschläge mitzuteilen. Die Konsultation endet am 5. Januar. Über folgenden Link können Sie sich beteiligen:
https://ec.europa.eu/info/consultations/public-consultation-specifications-cooperative-intelligent-transport-systems_de

Aus meinem Wahlkreis

„Consolidator Grants" vergeben – Uni Jena gehört zu den erfolgreichen Bewerbern

EU-Forschungsrat vergibt Stipendien an 56 Projekte in Deutschland

In der aktuellen Auswahlrunde der EU-Stipendien für exzellente Forscher, den so genannten „Consolidator Grants", hat der Europäische Forschungsrat 56 von insgesamt 329 Stipendien an Forschungsprojekte in Deutschland vergeben.

Die geförderten Projekte deutscher Wissenschaftler beschäftigen sich zum Beispiel mit neuen Therapien bei Gefäßerkrankungen – wie das von Dr. Michael Potente vom Max-Planck-Institut für Herz- und Lungenforschung in Bad Nauheim, dessen Projekt über einen Zeitraum von fünf Jahren mit zwei Millionen Euro unterstützt wird. Auch die Friedrich-Schiller-Universität Jena gehört mit ihrem Forschungsprojekt zu molekularen plasmonischen Hybridsystemen zu den erfolgreichen Bewerbern.
Gefördert werden EU-weit insgesamt 329 Forschungsprojekte mit einer Gesamtsumme von 630 Millionen Euro. Eingereicht wurden 2.538 Projekte, 13 Prozent davon wurden ausgewählt. 151 Projektbewilligungen wurden im Bereich Natur- und Ingenieurwissenschaften vergeben, 101 in den Biowissenschaften und 77 im Bereich der Geisteswissenschaften. Die Stipendien werden voraussichtlich 2.000 Jobs für Postdoktoranden, Doktoranden und Mitarbeiter von Forschungsteams schaffen.
Der Europäische Forschungsrat (European Research Council – ERC) ist eine von der EU-Kommission eingerichtete Institution zur Finanzierung von grundlagenorientierter Forschung. Er wird von 2014 bis 2020 über das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020" finanziert.
Wenn auch Sie, liebe Thüringer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Kriterien für eine Förderung erfüllen, möchte ich Sie ausdrücklich ermutigen, sich für eines der Forschungsprogramme des ERC zu bewerben! Neben den drei bekannten Förderlinien „Starting Grants", „Consolidator Grants" und „Advanced Grants" wurden auch die „Synergy Grants" wieder eingeführt. Die Ausschreibungen dazu veröffentliche ich immer im Service-Teil meines Infobriefes. Für 2018 ist der Bewerbungsschluss für drei der Förderlinien schon vorbei. Der „Consolidator Grants"-Aufruf ist noch bis 15. Februar geöffnet. Mehr Infos unter: *http://www.eubuero.de/erc-consolidator-grants.htm*

Jenaer und Pilsener Schüler bei mir zu Gast: Vergangene Woche hatte ich eine Gruppe interessierter Schüler der Karl-Volkmar-Stoy-Schule Jena und ihrer tschechischen Partnerschule in Pilsen zu mir nach Brüssel ins EU-Parlament eingeladen. Zusammen mit meinem Kollegen Pavel Svoboda tauschten wir uns vorrangig über die europäische Asylpolitik aus. Die Schülerinnen und Schüler waren sehr gut vorbereitet, konzentriert und aufmerksam. Ich möchte mich noch einmal herzlich für diesen sehr angenehmen Austausch bedanken!

Infoveranstaltung zu „go digital": Kleine und mittelständige Unternehmen benötigen finanzielle Unterstützung, besonders bei ihrer notwendigen digitalen Transformation. Das neue Bundesförderprogramm „go digital" bietet interessante Unterstützungsmöglichkeiten. Darüber und über weitere aktuelle Förderprogramme möchte Sie die Industrie- und Handelskammer Erfurt bei einer gemeinsamen, kostenlosen Veranstaltung mit der Thüringer Agentur für die Kreativwirtschaft (THAK) am 11. Dezember informieren. Mehr Informationen und Anmeldung unter: *https://www.erfurt.ihk.de/servicemarken/branchen/Aktuelles/infoveranstaltung-digitalfoerderung/3875008*

Service und Termine

★ „Horizont 2020“ in Deutschland

Deutschland bekommt das meiste Geld aus dem EU-Forschungsprogramm „Horizont 2020“. Hierzulande werden über 8.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit knapp 4,4 Milliarden Euro gefördert. Knapp 1.500 kleine und mittlere Unternehmen bekommen über 502 Millionen Euro. Außerdem profitieren fast 1.250 Wissenschaftler in Deutschland von Forschungsstipendien des Marie-Skłodowska-Curie-Programms.

★ Deutsch-französisch-polnischer Jugendwettbewerb

Ziel des trilateralen Jugendwettbewerbs »Young Europeans Award« ist es, Jugendliche anzuregen, ihre Ansichten über Europa zu reflektieren und sich stärker in den europäischen Prozess einzubinden. Jugendliche unter 21 Jahren sind aufgerufen, mit Freunden, Mitschülern oder Vereinskollegen aus Deutschland, Frankreich und Polen ein Projekt zum Thema »To be or not to be… a European?« zu entwerfen. Der Young Europeans Award ist ein Gemeinschaftsprojekt der Allianz Kulturstiftung, der Stiftung Hippocrène, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, des Deutsch-Polnischen Jugendwerks sowie des Deutsch-Französischen Jugendwerks in Kooperation mit UK-German Connection. Projektvorschläge können bis zum 1. März eingereicht werden.
http://www.young-europeans-award.org/de

★ Strategische Partnerschaften in der Berufsbildung

Sie haben eine Projektidee für den Bereich der Berufsbildung und möchten 2018 eine Strategische Partnerschaft beantragen? In einer Antragswerkstatt am 16. Januar in Bonn berät Sie die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung zur Leitaktion 2 (Strategische Partnerschaften). Sie erfahren, woran Sie bei der Entwicklung Ihres Projekts und der Formulierung Ihres Antrags denken sollten. Außerdem haben Sie die Gelegenheit, in Arbeitsgruppen Ihre konkreten Projektideen zu diskutieren und inhaltlich weiterzuentwickeln. Anmeldeschluss ist der 18. Dezember. Infos unter: *http://bit.ly/2i1RXCe*

★ ASEF Summer University „Youth with Disabilities”

Die Asia-Europe Foundation richtet vom 27. Januar bis 10. Februar eine Summer University zum Thema “Youth with Disabilities: Shaping Inclusive ASEM Societies” aus. Das zweiwöchige Programm findet in Melbourne (Australien) und Christchurch (Neuseeland) statt und bietet Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Bereich sozio-politischer Anliegen zwischen Europa und Asien. Es werden keine Teilnahmegebühren erhoben; Verpflegung, Unterbringung und Reisekostenzuschüsse werden bereitgestellt. Bewerbungsschluss ist der 10. Dezember. Mehr Informationen unter: *http://bit.ly/2AG38vP*

★ Lokale Erasmus+ Initiativen

Die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit (NA DAAD) wird auch 2018 wieder „Lokale Erasmus+ Initiativen“ (LEI) für die Information, Motivation und Betreuung von Erasmus+ Studierenden aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung fördern. Die Gelder dienen der Verbesserung der Rahmenbedingungen für einen Auslandsaufenthalt von deutschen Erasmus+ Studierenden. Zudem sollen ausländische Studierende an der Hochschule von den LEI betreut werden. Antragsfrist ist der 15. Dezember. Infos unter: *http://bit.ly/2zVOPTb*

★ Kulturprojekte mit geflüchteten Frauen

Das Projekt „Frauen iD“ vom Paritätischen Bildungswerk Bundesverband fördert bis Oktober 2018 kulturell künstlerisch niedrigschwellige Projekte von/mit/für geflüchtete/n Frauen zwischen 18 und 26 Jahren. Neben weiblichen Honorarkräften, Sachkosten, Aufwandsentschädigungen können auch Sprachmittlerinnen und Kinderbetreuerinnen gefördert werden. Anträge und Informationen unter: *http://www.frauen-id.de*

Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU